

Bericht Verkehrsbehörde mit dem Gemeindevollzugsdienst für das Jahr 2023

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Sitzungsart
Verwaltungsausschuss	23.04.2024	Kenntnisnahme	öffentlich

I. Sachverhalt

Der jährliche Bericht soll einen Überblick verschaffen, welche Aufgabenschwerpunkte die Verkehrsbehörde und der gemeindliche Vollzugsdienst im Bereich Straßenverkehr im zurückliegenden Jahr gesetzt haben und wie sich die erledigten Aufgaben und Maßnahmen in Zahlen und Statistiken niederschlagen lassen. Hierfür ist eine Präsentation vorgesehen.

II. Beschlussvorschlag

Der Verwaltungsausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

III. Begründung

Die Straßenverkehrsbehörde und der gemeindliche Vollzugsdienst als Teil der Ortspolizeibehörde sind ein wichtiger Baustein im Bereich der Gefahrenabwehr und Verkehrssicherheit. Ziel ist es, Gefahren und Störungen vorzubeugen, zu erkennen und zu beseitigen. Eine große Rolle hierbei spielt der Vollzug und die Durchsetzung sicherheits- und ordnungsrechtlicher Vorschriften und kommunaler Satzungen. Die Straßenverkehrsbehörde regelt durch Anordnungen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und ist für die Umsetzung der StVO im städtischen Verkehrsraum verantwortlich.

Die vielfältigen Aufgaben sind auch häufig mit einer Sanktionierung verbunden. Um dieses Ausmaß besser verstehen zu können, wird jährlich ein Bericht der Straßenverkehrsbehörde mit gemeindlichem Vollzugsdienst anhand von Zahlen präsentiert. Den ersten Bericht gab es für das Jahr 2020. Im Bericht geht es um die Darstellung der Bußgelder aufgeteilt nach ruhendem und fließendem Verkehr im Jahresvergleich, sowie die Darstellung weiterer Einnahmen im Verkehrsbereich. Anhand der Zahlen und Statistiken können Erkenntnisse für die Zukunft gewonnen werden.

IV. Relevanz Gesamtstädtisches Entwicklungskonzept

Die Präsenz des Gemeindevollzugsdienstes trägt dazu bei, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in der Stadt erhöht wird. Der Aufgabenfokus liegt insbesondere im Bereich der Verkehrssicherheit. Auch dem hohen städtischen Anspruch an Sauberkeit und Ordnung wird durch die Arbeit Rechnung getragen.

V. Haushaltsrechtliche Auswirkungen

Die Bußgelder und Einnahmen/Gebühren im Bereich der Straßenverkehrsbehörde tragen einen nicht unbeachtlichen Teil zur städtischen Einnahmeseite bei und werden priorisiert für Ausgaben und Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit verwendet.